

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Neues Energiekonzept für den Kanton Solothurn**

Solothurn, 23. Juni 2014 - Der Regierungsrat hat das neue Energiekonzept genehmigt. Der Kanton bereitet sich damit auf die Herausforderungen eines sich wandelnden energiepolitischen und -wirtschaftlichen Umfelds vor. Mit dem Konzept will die Regierung den Verbrauch der fossilen Energieträger erheblich reduzieren und die Nutzung erneuerbarer Energien erhöhen. Mit einem Reporting-Bericht - er soll alle vier Jahre erstellt werden - will der Regierungsrat periodisch über den Stand der Umsetzung des Energiekonzepts informiert werden.

Auslöser für die Ausarbeitung eines neuen Energiekonzepts waren der Grundsatzentscheid des Bundesrates zum Ausstieg aus der Kernenergie und zahlreiche parlamentarische Vorstösse im Zusammenhang mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima.

Die natürlichen Energiepotenziale für Wärme und Strom auf Kantonsgebiet sind beträchtlich. Sowohl heute wie auch künftig könnte der gesamte Bedarf an Raumwärme und Warmwasser mit erneuerbarer Energie gedeckt werden, sogar ohne Ausschöpfung des sehr grossen Sparpotenzials.

Bei der Stromproduktion ist es ähnlich. Über das Jahr gemittelt, könnte der gegenwärtige Stromverbrauch mit erneuerbarer Produktion annähernd gedeckt werden. Nebst der Wasserkraft, die heute schon weitgehend genutzt wird,

könnte vor allem mit Sonne, Wind, Tiefengeothermie, Kehrlicht und Biomasse zusätzlich Strom erzeugt werden.

Das Sparpotenzial ist ebenfalls beträchtlich. Wegen vermehrten elektrischen Anwendungen, vor allem für Wärmepumpen und e-Mobilität, wird dieses Sparpotenzial jedoch grösstenteils aufgezehrt werden.

Die Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Quellen dürfte im Sommer in Zukunft kein Problem darstellen. Im Winter hingegen ist die Nachfrage grösser als die Potenziale innerhalb des Kantons. Aus diesem Grunde sieht das Energiekonzept dezentrale Wärmekraftkoppelungsanlagen (WKK) vor. Diese Anlagen nutzen die fossile Energiequelle sehr effizient und können im Winter einen wichtigen Beitrag zur Stromproduktion leisten.

Der Kanton Solothurn setzt sich bis 2035 folgende Ziele:

- Die lokale Stromproduktion soll um 900 Gigawattstunden (GWh) gesteigert werden. (Zur Erinnerung: die heutige Wasserkraftnutzung im Kanton beträgt 570 GWh.)
- Die fossilen Energien im Gebäudebereich sollen um 50 % reduziert werden. Dazu soll der Energieverbrauch von Raumwärme und Warmwasser um 30 % gesenkt und die erneuerbare Wärmeproduktion verdoppelt werden.
- Keine Zunahme des Stromverbrauchs.
- Ausnützung der Sparpotenziale in der Industrie, was zu einem Verbrauchsrückgang von 10 % im Industriebereich führen soll.

15 Massnahmen im kantonalen Energiekonzept ergänzen die Energiestrategie des Bundes. Es sind Massnahmen

- im Gebäudebereich,
- in der Elektrizitätsproduktion und in der Steigerung der Effizienz,
- in Raumplanung und Baugesetzgebung sowie
- in den Bereichen Vorbildfunktion des Kantons, Aus- und Weiterbildung und Kooperationen.

Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt teilweise kostenneutral, teilweise ist sie mit Ausgaben verbunden. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren etwa gleich viele Mittel zur Verfügung stehen wie bisher.

Der Regierungsrat ist überzeugt davon, dass sich dieses finanzielle Engagement volkswirtschaftlich lohnt. So löst das Energiekonzept Investitionen aus und vermindert die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Diese Abhängigkeit von fossiler Energie könnte teuer zu stehen kommen: Würden sich beispielsweise die Preise für Brenn- und Treibstoffe verdoppeln, so hätte dies im Kanton Solothurn Mehrausgaben von über 600 Millionen Franken pro Jahr zur Folge.

Mit einem Reporting-Bericht - er soll alle vier Jahre erstellt werden - will die Regierung periodisch über den Stand der Umsetzung des Energiekonzepts informiert werden. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, bei Bedarf Korrekturmassnahmen und die erforderliche Feinabstimmung mit der Energiestrategie 2050 des Bundes vorzunehmen.